

Kleine Anfrage

des Abg. Klaus Burger CDU

und

Antwort

des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz

Zukunft der landwirtschaftlichen Beratungsdienste

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele landwirtschaftliche Betriebe werden von den Beratungsdiensten betreut?
2. Wie bewertet sie die Arbeit der landwirtschaftlichen Beratungsdienste und Landwirtschaftsämter?
3. Will sie in Art, Umfang, Struktur oder Förderung eine Änderung bei den Beratungsdiensten bzw. Landwirtschaftsämtern vornehmen?

08.01.2013

Burger CDU

Begründung

Die Beratungsdienste sind eine unverzichtbare Stütze in der Landwirtschaft. Die schnell wechselnden Märkte, Verbraucherverhalten und Rahmenbedingungen erfordern es, dass die Landwirte auch in Zukunft auf die bewährten Beratungsdienste zugreifen können, um sich den kommenden Herausforderungen zu stellen.

Antwort

Mit Schreiben vom 28. Januar 2013 Nr. Z(28)-0141.5/175 F beantwortet das Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz die Kleine Anfrage wie folgt:

1. Wie viele landwirtschaftliche Betriebe werden von den Beratungsdiensten betreut?

Zu 1.:

Zu Anfang des Jahres 2012 wiesen die Mitgliedszahlen der derzeit vom Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz (MLR) unterstützten 41 Beratungsdienste insgesamt 4.969 ordentliche Mitglieder und 639 fördernde Mitglieder auf.

Diese Zahl entspricht ungefähr 12 % aller landwirtschaftlichen Betriebe in Baden-Württemberg, wobei die Beratungsdienste vorwiegend Haupterwerbsbetriebe betreuen.

Die Beratungsdienste sind eingetragene Vereine, in denen Betriebsleiterinnen und Betriebsleiter der landwirtschaftlichen Unternehmen Mitglied sind. Sie werden auf Grundlage der Richtlinie des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum zur Förderung der Beratungsdienste vom 31. Oktober 2006 mit einem Zuschuss zu den Personal- und Sachausgaben von bis zu 50 % gefördert, jedoch nur bis zu einer Höchstgrenze von 28.200 Euro je vollbeschäftigter Beratungskraft und Jahr.

Die staatlich geförderten Beratungsdienste wurden seit dem Jahr 1989 als privat organisierte Vereine ins Leben gerufen, um die Stelleneinsparungen in der staatlichen Beratung teilweise auszugleichen. Außerdem konzentrierten sich einige Beratungsdienste auf die Beratung sich entwickelnder Spezialbereiche (z. B. Ök Weinbau, Nützlingseinsatz, usw.).

2. Wie bewertet sie die Arbeit der landwirtschaftlichen Beratungsdienste und Landwirtschaftsämter?

Zu 2.:

Das vorhandene Beratungsangebot der staatlichen Beratung, das sich vorwiegend an gesellschaftlich relevanten Themen orientiert, weist insgesamt eine sehr hohe fachliche und methodische Qualität auf. Diese Qualität wird durch ein umfassendes Fortbildungsangebot, vorrangig durch die Landesanstalt für Entwicklung der Landwirtschaft und der ländlichen Räume (LEL), gesichert und weiterentwickelt.

Die Beratungsdienste werden von den Mitgliedern gesteuert und dabei von der Landwirtschaftsverwaltung betreut. Die Qualität der Beratungsdienste wird daher durch die Klienten selbst, den Fachverband der Landwirtschaftsverwaltung und durch Teilnahme an Fortbildungen gesichert.

3. Will sie in Art, Umfang, Struktur oder Förderung eine Änderung bei den Beratungsdiensten bzw. Landwirtschaftsämtern vornehmen?

Zu 3.:

Die derzeitige Organisation der landwirtschaftlichen Beratungsdienste und der unteren Landwirtschaftsbehörden ist das Ergebnis einer historischen Entwicklung. Baden-Württemberg hat sich sehr früh entschieden, kein Kammersystem in der Landwirtschaft einzurichten und daher die Aufgabe der Beratung der Landwirtschaftsverwaltung übertragen. Damit verbunden war die Etablierung der Landwirtschaftsverwaltung als Einheit von Verwaltung, Schule und Beratung.

Durch die Zunahme staatlicher Verwaltung und Kontrolle von Fördermaßnahmen in der Landwirtschaft einerseits und den Stellenabbau andererseits muss sich die

Landwirtschaftsverwaltung zunehmend mit möglichen Interessenkonflikten zwischen neutraler staatlicher Verwaltung und klientenorientierter Beratung auseinandersetzen.

In den Entwürfen der Kommission zur Verordnung über die Finanzierung, die Verwaltung und das Kontrollsystem der Gemeinsamen Agrarpolitik wird die Einrichtung eines Betriebsberatungssystems durch die Mitgliedsstaaten eingefordert. Außerdem wird im Entwurf der sogenannten Horizontalen Verordnung eine konsequente Trennung von Beratung und Kontrolle verlangt. Diese Anforderung wird Auswirkungen auf das bisherige Leitbild „Einheit von Verwaltung, Schule und Beratung“ haben.

Durch weitere Personaleinsparungen, zuletzt insbesondere durch die Verwaltungsreform 2005, sind auch regionale Lücken im Beratungsangebot entstanden. Dies zeigen auch die vom MLR in den letzten Jahren durchgeführten Beratungsprojekte beispielsweise zu „Alternativen und Perspektiven der Milcherzeugung im Schwarzwald“.

Die Landesregierung erkennt die Beratung als zentrales Instrument zur Förderung der landwirtschaftlichen Familienbetriebe und des gesamten Agrarsektors an. Sie verfolgt daher das Ziel einer Stärkung der Beratung. Dabei sollen besonders auch kleinere und mittlere Betriebe berücksichtigt werden, die derzeit kaum noch Beratung nachfragen. Gleichzeitig ist die Themenbreite der landwirtschaftlichen Beratung, wie z. B. die Diversifizierung oder auch die Bewältigung der großen Herausforderungen im Wasser-, Boden- und Klimaschutz, bei der Tierhaltung sowie bei der Erhaltung der Artenvielfalt, weiter auszubauen.

Das MLR hat daher ein Projekt zur Weiterentwicklung der Beratung mit der Zielorientierung „Beratung 2020“ begonnen. Ausgehend von einer umfassenden Analyse der Ist-Situation sollen – möglichst unter Nutzung der im Entwurf der ELER-Verordnung bisher bekannten vorgesehenen Fördermöglichkeiten – Lösungsansätze erarbeitet werden, um weitere Inhalte in der Beratung umzusetzen und auch bisher nicht erreichten landwirtschaftlichen Unternehmerinnen und Unternehmern ein bedarfsorientiertes Beratungsangebot zu machen.

Die zukünftige Ausrichtung und Gestaltung der Beratung durch die unteren Landwirtschaftsbehörden, die Beratungsdienste und weitere Beratungsorganisationen werden im Rahmen des Projektes in Art, Umfang und Struktur zu erörtern sein.

Bonde

Minister für Ländlichen Raum
und Verbraucherschutz